

2. Anträge

a Antrag „Die Zukunft sozialer Sicherheit“

Die Zukunft sozialer Sicherheit

5 Wir, Bündnis 90/Die Grünen Köln, sprechen uns für ein neues System einer armutsfesten menschenwürdigen und unbürokratischen Grundsicherung aus, das echte gesellschaftliche Teilhabe und ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht. Damit wollen wir den Menschen ihre Abstiegsgänge nehmen und den Zusammenhalt in unserem Land stärken. Zugleich setzen wir uns für gute Arbeit zu fairen Löhnen ein und wollen prekäre Beschäftigungsverhältnisse etwa auf Basis von Minijobs, sachgrundloser Befristung, Leiharbeit, Crowdfunding, Werkverträgen oder Scheinselbständigkeit bekämpfen. Um den Teufelskreis von Armut zu unterbrechen richten wir ein besonderes Augenmerk auf alle Kinder, die im ALG II-Bezug aufwachsen oder deren Eltern knapp oberhalb der Armutsgrenze leben.

15 Wir halten die aktuelle Höhe der Grundsicherung für unzureichend, unzeitgemäß und unfair berechnet, sollten zugleich aber das Lohnabstandsgebot beachten, um das Gerechtigkeitsgefühl berufstätiger Menschen nicht zu verletzen. Löhne müssen so hoch sein, dass alleinverdienende Vollzeitbeschäftigte keine ergänzenden staatlichen Leistungen benötigen.

20 Die Zusammenlegung von Sozialhilfe und Arbeitslosengeld hat nicht die erhofften Resultate gebracht und sich in der Praxis als zu unflexibel für die unterschiedlichen Ausgangsvoraussetzungen und Lebenslagen der Betroffenen erwiesen. Die Anwendung repressiver Maßnahmen konnte "vererbte" und Dauerarbeitslosigkeit kaum reduzieren und sorgt für mehr als 200.000 festgestellt rechtswidrige Bescheide pro Jahr.

25 Deshalb ist nun der Zeitpunkt umzusteuern und die Fehler des Hartz IV-Systems zu überwinden. Dabei sollten uns folgende Grundsätze leiten:

1. Arbeit für alle

30 Unser vorrangiges Ziel ist es, allen Menschen die arbeiten können und wollen, sinnvolle und fair bezahlte Arbeit zu ermöglichen. Zwangsmaßnahmen zur Aufnahme von Beschäftigungsverhältnissen lehnen wir ab. In einer zunehmend digitalisierten Welt müssen wir erhebliche Mehranstrengungen im Bereich schulischer und beruflicher Qualifikation leisten und auch über weitere Arbeitszeitverkürzungen reden. Mit öffentlich geförderten Jobs schaffen wir Möglichkeiten, auf dem Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

35 2. Keine Subventionen für Billigjobs

40 Unser System sozialer Sicherung darf nicht als Subvention für Unternehmen dienen, die ihr Geschäftsmodell auf prekären Arbeitsverhältnissen aufbauen. Deshalb muss aus unserer Sicht der Mindestlohn weiter und deutlich angehoben werden, die Rechtsstellung der Gewerkschaften sowie ihre Organisationsfähigkeit verteidigt und ausgebaut werden. Wir wollen das Lohnniveau auch in den unteren und mittleren Lohnbereichen anheben, z.B. durch Rücknahme der arbeitsmarktpolitischen Deregulierungsmaßnahmen. Ein Sozialstaat wie Deutschland sollte in der Lage sein, seine Arbeitnehmer*innen vor neoliberaler Ausbeutung zu schützen.

3. Materielle Absicherung

45 Wir wollen, dass niemand bei uns unterhalb der Armutsschwelle leben muss. Nur wer materiell
abgesichert ist, kann sich entfalten, persönliche Probleme anpacken und mit freiem Kopf berufliche
Chancen sondieren. Wir brauchen ein System das die Grundbedürfnisse aller Bürger*innen garantiert,
unter anderem nach gesunder Ernährung, angemessener Unterkunft, medizinischer Versorgung und
gesellschaftlicher Teilhabe. Dafür muss der derzeitige Regelsatz deutlich angehoben und die
50 Zuverdienstmöglichkeiten attraktiver werden. Ein Sanktionssystem, welches das menschenwürdige
Existenzminimum aushöhlt, ist für uns inakzeptabel. Die Diskussion über ein Bedingungsloses
Grundeinkommen sollten wir offen und zielgerichtet führen.

4. Tatsächliche Bedarfe

55 Bei der Berechnung eines allgemeinen Regelsatzes müssen die tatsächlichen Bedarfe der Menschen
anhand empirischer Daten bestimmt werden. Dafür kann keine staatliche Wunschvorstellung die
Grundlage sein, sondern nur die Lebenswirklichkeit und die damit verbundenen Notwendigkeiten etwa
nach Mobilität und Telekommunikation. Darüber hinaus müssen individuelle Bedarfe abhängig etwa
60 von Alter, Gesundheitszustand oder Wohnsituation stärker berücksichtigt werden.

5. Freiheit statt Entmündigung

Wir wollen die Selbstbestimmung und Eigenverantwortung aller Menschen fördern, auch bei ihrer
beruflichen Orientierung. Deshalb fordern wir ein System, das Menschen respekt- und würdevoll
behandelt, ihnen mögliche Wege aufzeigt sowie positive Anreize schafft, statt mit Strafen zu drohen.
65 Aufgezwungene und teils unsinnige Maßnahmen sorgen für unnötige Geldverschwendung. Zugleich
müssen wir die entsprechenden Stellen (Arbeitsagenturen, Jobcenter, Bildungsträger,
Beratungsdienste für Erwerbslose, Schuldnerberatungsstellen, Medizinische Dienste etc.) finanziell
besser ausstatten, um einen angemessenen Personalschlüssel sicherzustellen. Außerdem gilt es, die
fachliche und sozialpädagogische Qualifikation der Mitarbeiter*innen zu verbessern.

6. Bürokratie abbauen

Wir brauchen mehr Übersichtlichkeit und Vereinfachung in unserem Sozialsystem. Wir wollen
bürokratische Hürden bei der Beantragung staatlicher Leistungen abbauen. Bedürftige Bürger*innen
sollten nicht von Behörde zu Behörde geschickt werden, um ihre rechtmäßigen Ansprüche geltend zu
75 machen. Hierfür sind die Möglichkeiten der Digitalisierung im Sinne der Bürger*innen auszuschöpfen.
Außerdem müssen Formulare und Berechnungen so gestaltet werden, dass jeder Mensch sie
verstehen und nachvollziehen kann.

7. Mehr Wertschätzung

80 Aktuell wird in Deutschland vor allem die Erwerbstätigkeit als wertvoll angesehen. Wir wünschen uns
aber, dass alle Menschen die Chance haben, einen wertvollen Beitrag für die Gesellschaft zu
erbringen. Dies kann sowohl in Form von abhängiger Erwerbsarbeit und Selbständigkeit, als auch in
gemeinnützigen Tätigkeiten, kulturellen Beiträgen, der Pflege von Angehörigen oder auch der
Erziehung von Kindern geschehen. Eine einseitige Fixierung gesellschaftlicher Wertschätzung auf
85 Erwerbstätigkeit halten wir für falsch, auch wenn diese für das Selbstbewusstsein vieler Menschen
noch wichtig ist.

8. Gerechte Finanzierung

Solidarleistungen der Gesellschaft benötigen zu ihrer Legitimation auch eine faire Lastenverteilung.
90 Dabei sollten breitere Schultern mehr tragen müssen, was beispielsweise durch eine progressivere
Einkommenssteuer, eine moderate Vermögenssteuer oder eine Reform der Erbschaftssteuer erreicht
werden kann. Auch eine soziale und ökologische Mehrwertsteuerreform sollten wir in diesem
Zusammenhang prüfen. Die Sozialversicherungssysteme wollen wir zu Bürgerversicherungen
umgestalten, damit sich alle solidarisch einbringen können, auch Selbständige und Beamte.

9. Kinder fördern

100 Kinder dürfen nicht durch die Armut ihrer Eltern benachteiligt werden. Damit Kinder einen guten Start
ins Leben haben, muss der Kinderregelsatz deutlich steigen, auch um ihnen solide Bildung und
Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Kinder, die in Hartz IV Familien aufwachsen,
brauchen eine gezielte Förderung, um dem Armuts-Teufelskreis entkommen zu können, etwa durch
frühzeitige Nachhilfe, kostenloses Schulessen und die Möglichkeit des Besuchs von Vereinen &
Ähnlichem. Aus diesen Gründen fordern wir die Einführung einer Kindergrundsicherung.

10. Sofortmaßnahmen

- 105 Um das Leben vieler Leistungsbezieher sofort zu verbessern sind bestimmte Maßnahmen auch vor einer Umsetzung aller Forderungen in Angriff zu nehmen. Hierzu gehören unter anderem eine Aussetzung der Sanktionen, die Entschärfung der Erreichbarkeitsanforderungen sowie eine realitäts- und bedarfsgerechte Anhebung der Regelsätze von Erwachsenen und Kindern.
- 110 Wir appellieren an alle demokratischen Parteien, sich diesen Fragen konstruktiv zu widmen und Lösungen zu erarbeiten, die das weitere Auseinanderdriften zwischen Arm und Reich beenden. Dies liegt in unser aller Interesse!

Antragsteller*in: AK Soziales